

reagieren die repräsentativ-demokratischen Institutionen deutlich responsiver auf direktdemokratische Vorstöße, so dass sich die weiteren Verfahrensetappen oft erübrigen. Der Vergleich, den Neumann mit den alten Ländern anstellt (S. 795 ff.), würde dann nicht mehr direkte Demokratie dort messen, sondern die größere Härte in den Sachauseinandersetzungen, weswegen die Verfahren oft bis zum Ende „durchgestanden“ werden müssen. Insgesamt ist mit diesem Werk nun schon die dritte große Arbeit zur direkten Demokratie in Deutschland nach Hanns-Jürgen Wiegand (2006) und Johannes Rux (2008) zu begrüßen.

Otmar Jung

Kampfschrift für direkte Demokratie: Schaden am notwendigen Mehr an Demokratie

Heußner, Hermann K. und Otmar Jung (Hrsg.): Mehr direkte Demokratie wagen, Volksentscheid und Bürgerentscheid, Geschichte, Praxis, Vorschläge, 2. völlig überarbeitete Auflage, Olzog-Verlag, München 2009, 544 Seiten, € 34,90.

Direkte Demokratie, Volksbegehren / Volksentscheide, Bürgerbegehren / Bürgerentscheide, haben Konjunktur. Daher lag es nahe, dieses Buch erneut herauszubringen. 33 Autoren, 24 davon dem Verein „Mehr Demokratie“ institutionell verbunden, behandeln in neun Abschnitten mit 29 Beiträgen die Theorie direkter Demokratie, Lehren aus der deutschen Geschichte, ausländische Beispiele und eine Demokratisierung der EU, die Rechtslage in den Ländern und Kommunen, wichtige Fragen direkter Demokratie in der Praxis sowie im Bund. Das Geleitwort zur ersten Auflage schrieb 1999 Hans-Jochen Vogel, für die vorliegende zweite Gerald Häfner, Vorstandssprecher des Vereins und seit dieser Wahlperiode Abgeordneter der Grünen im Europäischen Parlament.

Die Autoren einen Bedenken gegen repräsentative Demokratie. Deutschland sei „insgesamt ganz gut regiert worden ... Aber es war, um es knapp auf den Begriff zu bringen, immer eine Regierung *für* das Volk und keine Regierung *durch* das Volk. [Es] war in gewissem Sinn eine *obrigkeitsstaatliche Demokratie*“, leiten Hermann K. Heußner und Otmar Jung ein (S. 12). Für Tilman Evers ist direkte Demokratie eine mögliche Ergänzung, kein Gegensatz zum parlamentarischen System; „der bisweilen anzutreffende pro-plebisizitäre Überschwang gehe in die Irre, unmittelbare Demokratie bedeute ‚echte‘, repräsentative Demokratie dagegen ‚unechte‘ Volkssovereinheit“ (S. 25). Im Fazit dann die Diktion der übrigen Beiträge: „Das parlamentarische System ist untergegangen. Seine Fundamente an demokratischer Kultur und lebendiger Beteiligung sind ausgehöhlt durch das Politikmonopol von Staat und Parteien. Das in Deutschland vorherrschende liberale Politikmodell führt dazu, dass Bürgerschaft und politische Eliten einander den Rücken zukehren. Die ‚Politikverdrossenheit‘ ist keine vorübergehende Strömung, sondern systembedingt.“ (S. 34 f.) Dazu passen die Texte Hans Herbert von Arnims und Birgit Sauers zum Mehrwert direkter Demokratie („Im Kollisionsfall bleiben Gemeinwohlerfordernisse leicht auf der Strecke“, S. 44) und zu direkter Demokratie und feministischen Demokratietheorien: „Wahlen ermöglichen keine angemessene Repräsentation von Frauen in politischen Entscheidungspositionen“, S. 57).

Deutlich wird die verquaste Politikauffassung im Beitrag zur Demokratisierung der EU. Nationalstaatsbezogen übersehen Daniela Beer und Roman Huber den Paradigmenwechsel

in Europa. Die Nationalstaaten entstanden durch Krieg, Eroberung, ethnische Säuberung, Gewalt. Wegen (fortdauernder) sozialer Gegensätze in den Nationen gibt es keine von Konservativen beschworene Schicksalsgemeinschaft; kein Volk ist die von *Paul Kirchhoff* apostrophierte geschichtlich gewachsene vorgefundene Kulturgemeinschaft; bald ist ein Drittel der Bevölkerung ausländischer Herkunft. Doch meint *von Arnim*, den „Nationalstaaten könne ein Volk und Mindestmaß an Homogenität zugerechnet werden“ (S. 52). Nun schafft aber die EU friedlich, mit Verhandlungen und Verträgen einen heterogenen Staat, dessen Volksbegriff sich grundlegend von den traditionellen Vorstellungen auch von „Mehr Demokratie“ unterscheidet.

Alles wird in dem Band über den Leisten Plebisitz geschlagen. *Fabian Wittreck* beklagt Beschränkungen und Verbote von Plebisiten; Parlamentsgesetze ersetzten in Hamburg mit Billigung des Verfassungsgerichts Volksgesetze. Die Einleitung betonte noch ihre Gleichwertigkeit. Nun sollen sie mehr Bindungswirkung haben (S. 405)? Man denke an Dresdens Votum über die Waldschlösschenbrücke mit dem Verlust des Status eines Weltkulturerbes für das Elbtal. Kritiklos vertritt *Peter Neumann* die Brückenbefürworter ADAC, CDU und FDP, denen zufolge der Bau die Verkehrssituation erheblich verbessern werde. Dies ist aber umstritten und galt vielen gegenüber den ökologischen und kulturellen Schäden als zweitrangig. So befand die Sichtfelduntersuchung des Instituts für Städtebau und Landesplanung der TH Aachen, die Brücke schädige irreversibel das UNESCO-Weltkulturerbe. *Neumann* glaubt, den Verlust „dürfte auch der Besuch einer Delegation von Brückengegnern im Welterbezentrum in Paris bewirkt haben. Bereits zuvor hatte es private Interventionen bei der UNESCO gegeben“ (S. 385). Auch verstieß „die Hinhaltetaktik [der Brückengegner ob der dreijährigen Bindungsfrist] gegen den Geist des demokratischen Mitwirkungsrechts der Bürgerinnen und Bürger und damit gegen die politische Kultur“ (S. 391). Ähnlich diffamierte der CDU-Bundestagsabgeordnete *Arnold Vaatz* die Brückengegner als totalitäre Eliten: „Es ist der totalitäre Alleinvertretungsanspruch dieser Menschen, der das Klima in unserer Stadt vergiftet.“¹

„Dass [bei Plebisiten] oft egoistische Interessen im Spiel sind, ist unverkennbar“ (S. 14), so formulierten die Herausgeber in der Einleitung. Da Plebisite anders als Parlamentsgesetze nicht kompromissfähig sind, setzen sich dominierende Interesse durch, oft gegen Minderheiten und gesellschaftlichen Fortschritt als Gefahr für Besitzstände. So votierte Kalifornien 2008 für *Barack Obama*, wegen tiefstzender Vorbehalte aber für einen Verfassungszusatz gegen gleichgeschlechtliche Ehen; 1996 verbot ein Referendum affirmative actions für Minderheiten, Schwarze und Chicanos. Keine politische Weichenstellung in Deutschland von der Währungsreform über die Frauengleichberechtigung, die Anerkennung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften und gewaltlose Erziehung bis zum EURO hätte Plebisite überlebt.

Der Band ist eine Kampfschrift. Formal wird meist auf Aufsätze der Autoren verwiesen, zur übrigen Literatur sind Angaben selten, zur Rechtsprechung fehlen sie. Inhaltlich übergeht es Probleme wie die geringe Beteiligung an Wahlen zu kommunalen Spitzenämtern und Räten – trotz der oft eingeräumten Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens. Die Volksinitiativen werden nicht behandelt, auch nicht die politische Mitwirkung der Millionen Ausländer (allein über zwei Millionen Türken) ohne Bürgerstatus. 1999

1 *Arnold Vaatz*, Die totalitären Eliten, Pressemitteilung vom 16. März 2007, S. 2.

beklagte *Hans-Jochen Vogel* fehlende Plebiszite im Bund (S. 9 f.), doch weder er noch die SPD stritten für die Volksabstimmung über die Verfassung des vereinten Deutschland in Art. 146 GG a. F. Das Buch dürfte über das Plakative hinaus kaum Wirkung entfalten. Weder gibt es einen Diskurs mit den Gegnern von und Zweiflern an Plebisziten, noch geht es auf die sich ausdifferenzierende Gesellschaft ein; sie halten mangels Homogenität die Parteien zusammen. So schadet „Mehr Demokratie“ eher dem notwendigen Mehr an Demokratie.

Erich Röper

Schabowskis Lektion: schonungslose Kritik am real existierenden Sozialismus

Günter Schabowski im Gespräch mit Frank Sieren, Wir haben fast alles falsch gemacht. Die letzten Tage der DDR, Econ Verlag, Berlin 2009, 281 Seiten, € 19,90.

Günter Schabowski, im Jahre 2009 80 Jahre alt geworden, ist ein Solitär – der einzige führende SED-Politiker, der die diktatorische Vergangenheit und seine Rolle dabei nicht beschönigt. Ende 1999 zu drei Jahren Haft wegen Totschlags vom Landgericht Berlin verurteilt, kam er nach einem Jahr durch Begnadigung des Regierenden Berliner Bürgermeisters frei. Seine Erklärungen vor dem Berliner Landgericht sind im Anhang des hier anzusegenden Buches abgedruckt. „Das System, dessen politischer Klasse ich seit 1981 als Kandidat und seit 1984 als Mitglied des Politbüros der SED angehört habe, hat vor dem Leben, vor der Wirklichkeit versagt.“ (S. 256) Obwohl sich moralisch schuldig fühlend, leugnete er eine juristische Verantwortung allein aufgrund seiner Mitgliedschaft im Politbüro. Er sei, da kein Mitglied des Nationalen Verteidigungsrates, niemals an einer Entscheidung zum Töten von Menschen an der Grenze beteiligt gewesen. Schuld und Schmach nahm Schabowski gleichwohl auf sich. So wandte er sich gegen das in den Reihen der PDS benutzte Wort von der „Siegerjustiz“.

Bereits 1990 hatte Frank Sieren einen Interviewband mit Günter Schabowski herausgegeben.¹ Fast 20 Jahre später folgt eine Art Fortsetzung. In zwölf Kapiteln geht es um – natürlich – die Öffnung der Mauer, das Sich-Einleben in die Demokratie, die Karriere in der DDR, die Entstehung des „Arbeiter- und Bauern-Staates“, die Ideologie der kommunistischen Verschwörung, die Staatsicherheit, die Bedeutung des 17. Juni 1953, das Verhältnis Moskau-(Ost)-Berlin, die deutsch-deutschen Beziehungen, die „profitfreie Planwirtschaft“, die Staatsmedien, die Verwandlung der SED zur PDS/Linke. Der Interviewte, ein brillanter Formulierer, nimmt kein Blatt vor den Mund. Die Fragen Sierens sind mehr Stichworte, basieren weniger auf kritischem Nachhaken. Insofern hat es Schabowski leicht, gerät nie mals in die Defensive. Gleichwohl wirkt seine Position nicht nur glaubwürdig, sondern auch überzeugend. Allerdings erfährt der Leser, der Schabowskis Positionen kennt, nicht sonderlich viel Neues. Jetzt setzt der Autor die Akzente mit Blick auf seine Rolle bei der

1 Vgl. *Günter Schabowski, Das Politbüro. Ende eines Mythos. Eine Befragung*, herausgegeben von Frank Sieren / Ludwig Koehne, Hamburg 1990.